



Ausschussdrucksache 20(13)124bb

unangeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 23. September 2024

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“

BT-Drs. 20/10384

Deutsche STI-Gesellschaft (DSTIG)

Die DSTIG lehnt Maßnahmen zur Kriminalisierung der Prostitution („Sexkaufverbot“) strikt ab. Sie warnt davor, die Vulnerabilität von Menschen in der Sexarbeit zu erhöhen und ihren Zugang zu gesundheitlichen und sozialen Hilfeeinrichtungen weiter zu erschweren. Bestehende Gesetze erlauben es bereits, die Opfer von Menschenhandel, sexueller Ausbeutung und sexualisierter Gewalt wirksam zu schützen.

Unaufgeforderte Stellungnahme zu

https://www.bundestag.de/ausschuesse/a13_familie/Anhoerungen/1014382-1014382

Die Deutsche STI-Gesellschaft (DSTIG) ist eine medizinische Fachgesellschaft zur Förderung der Sexuellen Gesundheit. Sie hat sich u.a. zur Aufgabe gemacht, Kenntnisse über sexuell übertragbare Infektionen zu gewinnen und zu verbreiten. Die DSTIG bringt unterschiedliche Fachdisziplinen zusammen: die Gynäkologie, Urologie, Dermatologie, Psychologie, Epidemiologie, Sozialwissenschaften, den Bereich "Public Health" sowie viele weitere Berufsgruppen. Wir arbeiten in Praxis, Klinik und Forschung, im öffentlichen Gesundheitswesen und bei Nichtregierungsorganisationen. Die DSTIG informiert über Prävention, Forschung und Behandlung sexuell übertragbarer Infektionen.

Die DSTIG befasst sich daher u.a. auch seit vielen Jahren intensiv mit dem Thema Sexarbeit; sie veranstaltet regelmäßig Konferenzen zur Forschung zu Sexarbeit und organisiert den fachlichen Austausch zwischen Mitarbeiter*innen aus Gesundheitsämtern, Fachberatungsstellen und Akteur*innen aus der Sexarbeit.

Die Kriminalisierung von Sexarbeit, wie sie mit dem so genannten „Sexkaufverbot“ einherginge, bringt enorme Risiken für die Gesundheit der Menschen in der Sexarbeit, aber auch darüber hinaus mit sich. Wer sexuelle Dienstleistungen nur unter kriminalisierten Bedingungen erbringt oder in Anspruch nimmt, setzt sich vermehrt sexualisierter Gewalt aus. Zudem fördert eine Kriminalisierung die Vulnerabilität der Beteiligten. Das ist wissenschaftliche aus der deutschen Vergangenheit und aus anderen Ländern belegt.

Seit der Einführung des ProstSchG besteht eine Registrierungspflicht für Prostituierte. Jede weitere repressive Maßnahme im Arbeitsumfeld von Sexarbeitenden, wie sie auch das so genannte „Sexkaufverbot“ darstellt, wird die Kontaktmöglichkeiten zu den Hilfesystemen weiter erschweren. Das wiederum würde die Vulnerabilität derjenigen Sexarbeiter*innen, die von sexueller Ausbeutung und Menschenhandel betroffen sind, weiter erhöhen. Denn „Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche professionelle Unterstützung ist (...) eine tragfähige Beziehungsgestaltung“. (1) Das dafür notwendige Vertrauen lässt sich nur aufbauen, wenn betroffene Personen sicher sein können, sich nicht in rechtlich nicht akzeptierte Vorgänge verstrickt zu haben.

Ein positives rechtliches Beispiel ist hierfür der §19 Infektionsschutzgesetz, dessen Angebote von Sexarbeitenden kostenlos und vor allem auch anonym wahrgenommen werden können. Dieses wichtige Instrument der Gesundheitsämter zur Erreichung von Sexarbeitenden für gesundheitliche und soziale Angebote (häufig in Kooperation mit Fachberatungsstellen, würde mit einer Kriminalisierung („Sexkaufverbot“) weiter geschwächt. Somit würde das Gegenteil dessen erreicht, was der Antrag der CDU/CSU Fraktion vorgibt, erreichen zu wollen. Statt mehr Schutz und Hilfe niederschwellig anzubieten, würden alle Angebote im gesundheitlichen und sozialen Bereich für Hilfesuchende so hochschwellig, dass sie kaum noch erreichbar sind.

Wir empfehlen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dringend, ihren Antrag zurückzuziehen. Stattdessen empfehlen wir einen sachlichen Austausch mit den entsprechenden Fachverbänden. Wir stehen dafür gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert H. Brockmeyer
Präsident

(1) Yvette Völschow, Silke Birgitta Gahleitner, Hrsg. Menschenhandel und Zwangsprostitution, Beltz Juventa 2021; S. 175)